

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Schalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Geruf: Tagblatt-Nr. 6550-55.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Mt. 2.— monatlich, Mt. 6.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn. — Bezugs-Bestellungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Kioskbetriebe in allen Teilen der Stadt; in Wiesloch: die dortigen Kioskbetriebe und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 80 Pfg. für deutsche Anzeigen; Mt. 1.20 für auswärtige Anzeigen; Mt. 4.— für örtliche Anzeigen; Mt. 6.— für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unregelmäßiger Anzeigen entsprechende Nachsch. — Anzeigen-Annahme: für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Bambergerstraße 3, IV. Fernsprecher: Amt Rollendorf 4747-49.

Freitag, 6. Februar 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 62. + 68. Jahrgang.

Die Auslieferungsfrage.

Die schwierige Lage der Regierung.

Mz. Berlin, 5. Febr. Wie die Blätter melden, äußerte sich heute ein Mitglied der Reichsregierung über den Standpunkt der Regierung zu der Frage der Auslieferung vor Vertretern der Presse und erklärte dabei u. a.: Wir befinden uns gegenwärtig in einer kritischen Situation, ähnlich der im Juni 1919, als die Regierung vor der Frage stand, ob sie den Friedensvertrag unterzeichnen sollte oder nicht. Wir haben damals zunächst den Versuch gemacht, die sogenannte Ehrenklausel im Friedensvertrag abzuändern. Als aber die Entente in einem Ultimatum die unveränderte Annahme verlangte, entschlossen wir uns unter dem Druck des drohenden Einmarsches, dieser Forderung Folge zu geben. Wir betonen dann weiterhin immer und immer wieder der Entente gegenüber, daß die Durchführung des Auslieferungsparagraphen unmöglich wäre, und daß sich keine Regierung finden würde, die die Durchführung möglich wäre. Wir haben weiterhin den Versuch gemacht, die Liste der Auszuliefernden und die Angabe der Beschuldigungen zu erhalten, damit wir selbst gegen die Schuldigen einschreiten könnten, stehen aber dabei stets auf die Ablehnung der Entente. Im November 1919 machten wir dann den durch die letzten Veröffentlichungen bereits bekannt gewordenen neuen Versuch, durch Herrn v. Simson in der Auslieferungsfrage zu einer Verständigung zu gelangen; jedoch wiederum ohne Erfolg. Wir wissen heute noch nicht, was die Entente zu tun wird. Jedenfalls ist die Reichsregierung einmütig der Überzeugung, daß die Erfüllung des Auslieferungsbegehrens unmöglich sei, und daß in Deutschland auch keine andere Regierung denkbar ist, die in der Lage wäre, das Auslieferungsbegehren zur Ausführung zu bringen. Die Regierung hält es für bedauerlich, daß Herr v. Reuter entgegen seiner ausdrücklichen Instruktion die Weiterleitung der Note an die deutsche Regierung abgelehnt hat. In einer solchen Lage mußte das Wohl des Ganzen höher stehen als die Ehrgefühlung eines einzelnen. Unsere Lage wird dadurch schwieriger, daß wir im Augenblick in Paris ohne geeignete Vertretung sind. Der deutsche Geschäftsträger Mayer befindet sich bereits in Berlin und wird voraussichtlich heute abend nach Paris reisen. Die Regierung ist nach wie vor bestrebt, durch weitere Verhandlungen einen Ausweg zu finden.

Br. Berlin, 6. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der Ausschuh für auswärtige Angelegenheiten wird heute oder morgen nach dem Text der deutschen Note beraten. Die deutsche Note wird morgen nach Paris abgehen. Schließlich wird die Konferenz der Parteiführer mit der Reichsregierung darüber entscheiden, welche Schritte Deutschland unternimmt. Von bestinformierter Seite wird weiter mitgeteilt, daß es für die Reichsregierung nur noch die Wahl zwischen zwei Dingen gibt: 1. kommt in Frage, daß die Regierung auf ihrem Posten verharrt und die Verantwortung für die Ablehnung des Auslieferungsbegehrens übernimmt, während die andere zur Diskussion stehende Lösung darin besteht, daß die Regierung in ihrer Gesamtheit zurückschreitet und alle entstehenden Konsequenzen abseht. Anfang nächster Woche wird der Kabinettsrat darüber entscheiden, welchen der beiden Wege die Regierung einschlagen wird. Vorläufig ist Dr. Mayer, der neue Geschäftsträger in Paris, noch nicht nach Paris abgefahren. Er soll nach dort aber in besonderer Mission gehen, und zwar mit der ausschließlichen Bestimmung, die Entscheidung der Berliner Regierung den Alliierten unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Seine Mission geht dahin, eine direkte und schnelle Verbindung zwischen Berlin und Paris herzustellen. Man plant, ihm den Auftrag zu geben, daß er im entscheidenden Moment der Vorkonferenz in Paris mitteilt, daß die Katastrophe in Deutschland unvermeidlich sei.

Dr. Mayer in Berlin.

Mz. Berlin, 5. Febr. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Minister Dr. Mayer, traf mittags, von München kommend, in Berlin ein.

Die Überbringung der Liste.

Mz. Paris, 5. Febr. Nach einer Vorabmeldung hat ein Spezialkurier gestern abend Paris verlassen, um die Liste der Auszuliefernden nach Berlin zu bringen. Nach dem „Temps“ hat die Vorkonferenz beschlossen, den Text des ursprünglichen Beileibes abzuändern. Der vorgeschlagene Text sei den alliierten Regierungen mitgeteilt worden und werde auf telegraphischem Wege nach Berlin übermittelt werden. Die Vorkonferenz werde morgen wieder eine Sitzung abhalten. Nach einigen Abendblättern wird der Beileib und die Liste der deutschen Regierung von dem französischen Geschäftsträger de Ransin im Auftrag des Präsidenten der Friedenskonferenz, Millerand, überreicht werden.

Gegen die Auslieferung des Großherzogs von Oessen.

Mz. Darmstadt, 5. Febr. Finanzminister Heinrich und Justizminister Brentano letzterer zugleich als Führer der Zentrumspartei, die Deutsche demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei haben sich in Unterredungen, zum Teil in öffentlichen Kundgebungen eine Erklärung abgegeben, in der sie gegen das Verlangen der Auslieferung des ehemaligen Großherzogs von Oessen energisches Einverständnis bekunden.

Eine Kundgebung der Preussischen Landesversammlung.

Berlin, 6. Febr. Die gestrige Sitzung der preussischen Landesversammlung schloß nach einer Eröffnungsansprache des Präsidenten Leinert, der die durch das Befreiwerden der Auslieferungssache gekennzeichnete, als Ausdruck der Trauer mit allen gegen die Stimmen der Unabhängigen die Aufhebung der Sitzung.

Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 5. Febr. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Nationalversammlung am nächsten Dienstag zusammenzutreten wird, um zur Auslieferungsfrage Stellung zu nehmen. Der genaue Termin kann noch nicht festgelegt werden, weil Präsident Fehrenbach zurzeit von Berlin abwesend ist. Der Termin wird voraussichtlich Samstag nach der Besprechung der Fraktionsführer mit der Reichsregierung festgelegt werden.

Berliner Pressestimmen.

Mz. Berlin, 6. Febr. Ohne Unterschied der Parteien stellen die Blätter fest, daß gegenüber dem Auslieferungsverlangen die gesamte öffentliche Meinung in Deutschland vollkommen geschlossen dastehet. Das zeitige Auftreten des unabhängigen Abgeordneten Paul Hoffmann in der preussischen Landesversammlung wird weder vom „Berliner Lokal-Anzeiger“ noch vom „Vorwärts“ als kritisch genommen. Der letztere schreibt: Es war sogar ganz gut, daß Hoffmann das Wort nahm, denn seine Erklärung haben gerade die keine Partei Deutschlands das Auslieferungsverlangen der Entente für gerecht hält. In der Bemerkung Hoffmanns, er rechne bei Versuchen der Regierung, den Verhandlungen einzuschlagen, auf die wirksamste Unterstützung der Sozialisten aller Länder, meint der „Vorwärts“ tatsächlich sei jedoch festzustellen, daß von dem Einwirken der Sozialisten ausländischer Parteien auf den Friedensvertrag und seine Ausführung bisher nicht das allergeringste zu bemerken war.

Pariser Pressestimmen.

Mz. Paris, 5. Febr. Die Agentur Oyas veröffentlicht die deutsche Note vom 2. Januar, deren Inhalt von den meisten Blättern wiedergegeben wird. Einige Blätter glauben, daß die alliierten Regierungen in Berlin eine Note überreichen lassen würden, worin sie das Begehren des Vorkonferenz der deutschen Friedensdelegation nicht ablehnen werde, weil man es mit einer rein persönlichen Handlung betrachten zu tun habe, die sofort von Berlin desavouiert wurde. Ferner heißt es im „Echo de Paris“ den Schritt Reuters und fast: Der Text der Note, die gestern abend festgesetzt worden sei, würde einfach erklären, daß Deutschland sich an den Duldungen dessen, was es unterzeichnet, halten müsse. Das wäre die beste Betonung des Willens der Mächte, den Vertrag als Bindung zu betrachten, von dem man nichts abbrechen lassen konnte.

Der Völkerbund.

Mz. London, 5. Febr. (Davas.) Die zweite Session des Völkerbundes wird am 11. Februar unter dem Vorsitz von Leon Bourgeois eröffnet werden. Zum Vorsitzenden des Bureau dürfte Valfour ernannt werden. Die Frage des Schwedens und die betreffend Danzig soll behandelt und entschieden werden. Die Session wird drei Tage dauern.

Die wirtschaftliche Lage Europas.

Ardite und das einzige Hilfsmittel.

Mz. Haag, 5. Febr. Wie der „Nieuwe Courant“ aus London meldet, erstattete der Direktor des britischen Hilfsamtes, Sir William Wood, in einem Telegramm an Lord Curzon Bericht über die Lage der Weltwirtschaft. Nach einer Übersicht über das Geld und die Verschärfung der Not, die in Mittel- und Osteuropa herrsche, erklärt Wood, eine vollständige und weitreichende Hilfe und Mitarbeit der Vereinigten Staaten erscheine als das einzige Mittel, um Ardite zu verschaffen, ohne die ein beträchtlicher Teil der europäischen Staaten in vollkommene Entartung, ja sogar Anarchie geraten würde. Es sei undenkbar, daß die Aufgabe, die wir gesehen haben, in halb Europa ohne irgendwelche Gefährden für einen politischen Bestand fortzuführen könnten. Der Bericht Woodes erregt in der Londoner Presse großes Aufsehen. — „Daily Chronicle“ schreibt im Hinblick auf die furchtbare Lage, die in dem Bericht geschildert wird: Ohne Ardite könne von einer Finanzierung oder geregelter Performance mit Rohstoffen keine Rede sein, und ohne Rohstoffe sei es für die am schwersten mitgenommenen Länder unmöglich, sich wieder aufzurichten. „Daily Chronicle“ schreibt: Kreditverleihung ist das einzige Mittel, um die Wiederherstellung sowohl der vormalsen Alliierten als auch derormaligen feindlichen Länder zu ermöglichen.

Die Entente und die Jugoslawen.

Mz. Mailand, 5. Febr. Wie der „Corriere della Sera“ aus Paris erfährt, werden die Regierungen von Frankreich und England unter Umgehung der jugoslawischen Delegation in Paris bei der Belgrader Regierung direkt ihre Auffassung über die ausweichende Note vom 2. Januar wissen lassen. Die diplomatische Vertreter Frankreichs und Englands werden der Regierung Dombrowski eine Note überreichen, in der sie ausprovozieren wird, endgültig und ausdrücklich zu wählen zwischen dem vorgeschlagenen Kompromiß oder der Ausführung des Londoner Vertrages. Dieser Schritt soll heute oder spätestens morgen erfolgen.

Die skandinavische Ministerkonferenz.

Mz. Kopenhagen, 5. Febr. Das Ministerium des Äußeren verbreitet folgendes Komunique: Auf Einladung der norwegischen Regierung fand vom 1. bis 4. Februar in Christiania eine Zusammenkunft zwischen den Staatsministern aus den Ministerien des Äußeren Dänemarks, Schwedens und Norwegens statt. Hierbei wurde eine Anzahl Fragen von gemeinschaftlichem Interesse behandelt. Erster wurde die Frage bet. den Beitritt zum Völkerbund besprochen. In Verbindung mit einem Meinungsaustrausch hierüber wurden die Bestimmungen eines Völkerbundsübereinkommens behandelt, die für die kleineren, während des Krieges neutralen Länder besonders bedeutungsvoll sind. Dabei wurde Abereinbarung bezüglich der Auflösung dieser Bestimmungen festgestellt. Ferner wurde die Frage, leit. die Anerkennung gewisser neugebildeter Staaten, besprochen. Es zeigte sich Einigung darüber, wie die drei Regierungen sich zu dieser Frage verhalten werden. Ähnlich, wie bei früheren Ministerkonferenzen, wurde eine Absicht über die handelspolitischen Entwicklungen der verflochtenen Zeit gegeben. Es beabsichtigt übereinstimmende Anschauung wegen eventueller Maßnahmen zum Schutze gegen Besteuerungsmahnahmen anderer Länder zum Schutze der Erwerbsinteressen der drei nordischen Länder. Anlaßlich der auf Initiative der Finanzgelehrten bei der Zusammenkunft in Kopenhagen auch an die drei nordischen Regierungen gerichteten Aufforderung wegen der Einberufung einer internationalen Finanzkonferenz war man sich darüber einig, seine Zustimmung zu geben. Ferner einigte man sich über die Abhaltung einer Konferenz von Sachverständigen der drei Länder unter der Erödnung, inwieweit gemeinschaftliche Maßregeln getroffen werden könnten, um der Depression der Kronenvaluta im Verhältnis zur ausländischen Valuta entgegenzuwirken. Weiter wurde die Frage bezüglich des nordischen sozialpolitischen Zusammenwirkens behandelt.

Skandinavien und Sowjetrußland.

W. T. B. Kopenhagen, 5. Febr. „Nationaltidende“ meldet aus Christiania: Von gut unterrichteter Seite erfährt „Naringslivet“, daß die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland zurzeit unmöglich sei infolge der Haltung der russischen Handelskammern und der Finnen gegenüber Sowjetrußland. Außerdem sei das russische Eisenbahnenwesen vollkommen zerrüttet. Das Blatt kann ferner aus guter Quelle mitteilen, daß die interessierten Kreise zunächst Sicherheit für ihre Guthaben in Sowjetrußland verlangen, die sich allein für Norwegen auf 100 Millionen Kronen belaufen, ebenso für die zu sendenden Waren. Norwegen, Schweden, Dänemark, die Schweiz und Holland seien in diesem Punkte einig und würden demnächst in Genf wegen diesen Fragen zu einer Konferenz zusammenzutreten.

Denkin meldet einen großen Sieg.

Mz. Archangel, 5. Febr. (Davas.) General Denkin erfährt einen großen Sieg über die Bolschewisten, als dieselben den Don überschreiten wollten. 800 Gefangene, zahlreiche Geschütze und Pansirengewehre blieben in den Händen der Sieger. Ebenfalls wurde ein anderer bolschewistischer Angriff nördlich Nikolajewsk zurückgeschlagen, der ebenfalls reiche Beute und 1500 Gefangene einbrachte. Denkinsche Truppen befinden sich auf der Verfolgung des Feindes.

Judenisch.

Mz. Stockholm, 5. Febr. (Davas.) Aus dem Dombrowski-Komitee der alliierten Militärmissionen ist es zu vernehmen, daß General Rudenitsch nicht in die Gewalt der Bolschewisten fiel. Gegenwärtig befindet sich der General im kaiserlichen Konsulat in Reval.

Erzberger - Helfferich.

Mz. Berlin, 5. Febr. Die heutige Verhandlung des Vorkonferenz-Helfferich wurde mit dem Fall Dombrowski eröffnet. Es handelt sich um einen feineren Artikel im „V. T.“ erschienenen Artikel über eine eigenartige Finanztransaktion Helfferichs, die nach der Behauptung Helfferichs von Erzberger veranlaßt worden sein sollte. Der junge, Adolphe Dombrowski, kann mit Rücksicht auf das Redaktionsgeheimnis nicht angeben, von wem er fraglichen Artikel erhalten hat, erklärt aber, daß er nicht von Erzberger komme. Darüber, ob Erzberger von dem Manuskript genützt habe, könne er nichts sagen. Justizrat Ceiden erklärt: Es ist uns bekannt, daß Dr. Dreien diesen Artikel an Dombrowski gab. Dr. Dreien war seinerzeit Pressesekretär in der Wasserstaatskommission und erhielt das fragliche Schriftstück von Geh. Rat Hammer und gab es an Dombrowski weiter. Geh. Rat Hammer befindet sich im der Artikel persönlich zugeordnet worden war. Der Finanzminister erhielt Kenntnis davon, daß das Schriftstück einging, gab es aber ohne jeden Vermerk zurück, woraus zu schließen war, daß der Minister sich nicht dafür interessierte, und er Hammer, sich der selbständigen Arbeit für befugt halten konnte. Helfferich gebraucht in diesem Zusammenhang den Wert „Pressepolitik“, das sich Hammer verschreibt. Dr. Alsherg erklärt: Aus den etwas gewundenen Erklärungen der Jungen Dombrowski und Hammer habe er den Eindruck bekommen, als wenn hier der reinste Kettenhandel mit anonymen Schriftstücken getrieben würde. Dr. Alsherg fragt sodann, wer in die „D. Allg. Anz.“ die nach den heutigen Zeugnisaussagen unpaare Notiz lanciert habe, daß Erzberger weder von dem Inhalt der Schriftstücke Kenntnis hatte, noch Dombrowski ihn direkt oder indirekt unterrichtet hat. Dr. Dreien erklärt, die Note komme von

